

Überwindung der Parteienherrschaft - eine Voraussetzung der Entwicklung der Demokratie in Freiheit und Frieden

von
Tristan Abromeit
Januar 2023
Text 177.0

www.tristan-abromeit.de

Text 177. 7.1

Ergänzungen zur 7. Stufe der Selbstvergewisserung
Die Schuld der Deutsche als Staatsreligion führt zur neuen Schuld /

Auszug aus:

Mein Leben / USA – Europa – Israel

von Nahum Goldmann, 1981

Zionismus / Seite 26 – Seite 48

Auszüge aus:

Schuld und Sühne im Gelobten Land

Israels Sonderrolle im Schutz der westlichen Welt

von Marcel Pott, 2002

Autorenlesung in Neustadt a. Rbge. im Februar 2004

Auszüge aus:

Dieses Jahr in Jerusalem

Theodor Herzl Traum und Wirklichkeit

von Luc Joachimsen, 2004

Autorenlesung in Neustadt a. Rbge. Im November 2004

00000

Siehe auch Auszüge aus „**Mein Feind der Freund**“ von Uri Avnery zum
Beispiel im Text 166 vom März 2020, Seite 98 -102

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/166.Demokratie.Gefahr.abwenden.durch.Erneuerung.pdf>

Nahum Goldmann

Mein Leben
USA – Europa – Israel

2. Band der Autobiographie
Der 1. Band ist unter dem Titel »Mein Leben
als deutscher Jude« erschienen

© 1981 Albert Langen · Georg Müller Verlag GmbH, München · Wien
Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Hans Numberger, München

Satz: VerlagsSatz Kort, München

Druck: Jos. C. Huber KG, Dießen am Ammersee

Printed in Germany 1981

ISBN: 3-7844-1920-8

Langen Müller

Zionismus

In dem Rechenschaftsbericht, den diese Autobiographie darstellt, fällt mir kaum ein Kapitel schwerer zu schreiben als dieses. Mein Leben war reich an Aufgaben, Problemen, Reisen, Begegnungen, Erlebnissen, Erfolgen und Mißerfolgen, und niemand wird mir vorwerfen können, daß ich die Jahre ungenützt dahingehen ließ – ob gut oder schlecht, werden andere beurteilen. Kein Problem war für mich so bedeutsam wie der Komplex des Zionismus und der Gründung des Judenstaates. Ich bin in einem zionistischen Hause geboren worden und in einer zionistischen Umgebung aufgewachsen. Zwischen dem 13. und 14. Lebensjahr habe ich meine erste zionistische Rede gehalten und kann daher ohne Übertreibung sagen, daß ich mehr als siebenzig Jahre zionistischer Tätigkeit hinter mir habe, mit einer sehr erfolgreichen Karriere innerhalb der Bewegung, zuletzt, von 1956 bis 1968, als Präsident der Zionistischen Weltorganisation. Wenn ich in hohem Alter Zweifel ausdrücken muß – nicht an der Grundberechtigung des Zionismus, den ich nach wie vor für eine der zentralen Ideen der jüdischen Geschichte halte, sondern an der Form seiner Konzeption und vor allem an seiner Verwirklichung im Staate Israel – ist dies für mich nicht einfach und enthält einen Aspekt von Tragik.

Ein moderner Gibbons könnte ein sehr dramatisches Buch über »Größe und Untergang des Zionismus« schreiben. Der Zionismus begann als die utopische Konzeption einer kleinen Minorität, wurde in seiner pessimistischen Analyse der Galut-Situation durch den Holocaust in einer extremen Form bestätigt, und erreichte, zum Teil auf Grund der Ausrottung von sechs Millionen Juden in der Hitler-Periode, schließlich die Zustimmung von einer Zweidrittelmajorität der Vereinten Nationen zur Schaffung eines jüdischen Staates in ei-

nem geteilten Palästina. Mit seinen ungewöhnlichen Erfolgen, vor allem der Aufnahme hunderttausender mittelloser Immigranten und den militärischen Fähigkeiten, die man nie von Juden erwartet hatte, war der junge Staat Israel eine »success story«, wie wenige in der Weltgeschichte zu verzeichnen sind. Sehr bald jedoch schlug die Tendenz seiner Entwicklung um. Mit der unvermeidlichen Konzentration auf militärische Sicherheit und Bewaffnung, und mit der Verminderung der Einwanderung, entstanden ökonomische Schwierigkeiten und eine politische Isoliertheit – von denen später noch die Rede sein wird –, die zu der heutigen Lage geführt haben, in der nicht nur Feinde und Gegner, sondern auch überzeugte Freunde Israels an dem langfristigen Überleben des jüdischen Staates zu zweifeln beginnen.

Ich selbst bin mehr und mehr überzeugt, daß ohne eine grundlegende Korrektur der Form des jüdischen Staates und seiner Einstellung, vor allem zu der arabischen Umwelt, die Existenz Israels auf die Dauer gefährdet ist. Meine Warnung an das jüdische Volk und an Israel in dieser Autobiographie, die nicht nur einen Rückblick auf mein Leben, sondern eine Art von ideologischem letztem Willen darstellt, mag in späteren Jahren als nicht minder bedeutsam betrachtet werden als meine frühere jahrzehntelange politische Tätigkeit für die zionistische Idee und die Gründung des Staates.

Wie alles, was jüdische Geschichte und Existenz betrifft, ist auch die Zionistische Bewegung einmalig und einzigartig. Im allgemeinen wird der Zionismus als die jüdische Ausdrucksform der Befreiungsbewegungen bezeichnet, die viele Völker in den letzten Jahrzehnten zur nationalen Unabhängigkeit geführt haben. Mit dieser Definition kann man jedoch das Wesen des Zionismus nicht verstehen. Im Hintergrund der Bewegung und ihrer Ideologie steht das ungewöhnliche Phänomen eines Volkes, das zweitausend Jahre lang in Dutzenden von Ländern zerstreut war und dennoch keinen Augenblick seine Verbundenheit mit dem Ursprungsland Palästina – hebräisch »Eretz Israel« – verloren hat. Jahrhundertlang haben fromme Juden drei Mal am Tag um die Rückkehr nach Zion gebetet und auf das Kommen des Messias gehofft, der sie dorthin zurückführen würde – obwohl das jüdische Volk sein Eigenschicksal immer unzertrennlich mit dem der Menschheit verknüpfte und den Messias als Erlöser der ganzen Welt erwartete.

Es ist wichtig, von Anfang an zu betonen, daß die jüdische Sehnsucht dem Lande galt und nicht einem Staat. Der Begriff des Staates – hebräisch »Medinah« – figuriert in der jüdischen religiösen Philosophie überhaupt kaum, und die Heiligkeit galt dem Lande, nicht der Form, in der die Juden dieses Land in Besitz nehmen würden. Es gibt noch heute extrem orthodoxe Juden, vor allem in Jerusalem, aber auch in der Diaspora, die den Staat Israel kategorisch ablehnen, weil er nicht aus religiösen Motivationen von dem Messias gegründet wurde, sondern von unreligiösen Menschen; viele dieser fanatisch frommen Juden weigern sich, in der israelischen Armee zu dienen, die sie als eine Gotteslästerung betrachten, und einige gehen sogar so weit, daß sie keine Post mit der israelischen Briefmarke versenden, weil damit eine Anerkennung des Staates verbunden wäre.

Ohne diesen Hintergrund der jahrhundertlangen Loyalität und geradezu mystischen Verbundenheit der Juden mit dem Land, in welches, auf Gottes Geheiß, Moses sie einmal aus Ägypten geführt hatte, wäre der moderne Zionismus überhaupt unbegreiflich. Einzelne Juden sind in allen Jahrhunderten nach Palästina gegangen, um dort zu leben und zu sterben. Der entscheidende Faktor, der sie veranlaßt hat, an eine kollektive Rückkehr nach Zion zu denken, war die Emanzipation im 19. Jahrhundert.

Juden im Ghetto hätten nie die Konzeption eines Judenstaates formuliert und bestimmt nicht gewagt, an seine Verwirklichung zu denken. Es ist für den modernen Zionismus bezeichnend, daß sowohl sein Gründer, Theodor Herzl, wie seine Führer, wie Chaim Weizmann, Ben Gurion, Eshkol, Sharett, Golda Meïr usw. – bis auf Begin – areligiös oder irreligiös waren. Mit Ausnahme einiger weniger rabbinischen Persönlichkeiten, die die religiöse zionistische Partei Misrachi gegründet haben, war das religiöse Judentum nicht nur indifferent, sondern häufig ein Gegner des politischen Zionismus, wie ihn Herzl 1894 in Basel gegründet hatte. Erst die Emanzipation der Juden und ihre Gleichberechtigung als Individuen, prinzipiell anerkannt sowohl von den demokratischen wie den kommunistischen Staaten – wenn auch nicht immer in der Praxis hundertprozentig realisiert –, hat die Möglichkeit geschaffen, kollektiv an eine Emanzipation des jüdischen Volkes zu denken. Für Theodor Herzl, der

den Judenstaat als Forderung und die Zionistische Bewegung als Instrument der Verwirklichung proklamiert hat, war die traditionelle Verbundenheit mit Palästina ein unwesentlicher Faktor. Für ihn war der Staat wichtig, nicht das spezifische Land, und er war deswegen auch bereit, über Uganda oder El Arish zu diskutieren, wobei die Majorität der Zionisten ihm nicht folgte. Er war nicht nur persönlich areligiös, sondern so ignorant in jüdischer Geschichte, daß er in seinem utopischen Roman über einen Judenstaat, »Altneuland«, den grotesken Vorschlag machte, daß Deutsch die Landessprache sein sollte.

Daß die Idee eines Judenstaates eine Folge der Emanzipation war, sozusagen eine kollektive Assimilation der Juden an andere Völker, betonte immer wieder der große jüdische Denker Achad Haam (Pseudonym von Ascher Ginsburg und hebräisch für »Einer aus dem Volke«), zwar kein frommer Jude, aber, im Gegensatz zu Herzl, ein Kenner der jüdischen Geschichte und ihrer Einzigartigkeit. Für die Erhaltung und Zukunft des jüdischen Volkes, sagte er, sei der Staat unwesentlich; wichtig sei ein geistiges, moralisches und religiöses Zentrum in Palästina, das, nachdem die Religion – die jahrhundertlang der entscheidende Faktor für die Sicherung jüdischer Existenz gewesen war – nicht mehr ihre Wirkungskraft besitzt, einen Ersatz darstellen würde, um die Juden als Volk zusammenzuhalten.

Die paradoxe Tragik der Verwirklichung der zionistischen Idee, in der relativ kurzen Zeit von fünfzig Jahren, besteht darin, daß ohne die Vernichtung der Millionen Juden in Europa durch den Nazismus es wahrscheinlich heute den Judenstaat noch nicht geben würde. Ich war nie dafür, historische Tatsachen zu übersehen, wenn sie einem unangenehm sind, und wiederhole diese Feststellung, obwohl ich dafür schon heftig angegriffen wurde. Ohne den Holocaust wäre zwar die individuelle Einwanderung nach Palästina fortgesetzt worden, aber wir hätten nicht die Zustimmung der Majorität der Welt 1947 für die Schaffung eines jüdischen Staates in einem Teil von Palästina erwirkt. Es war das schlechte Gewissen der Demokratien wie auch der kommunistischen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg, die sowohl die westeuropäischen wie die amerikanischen Länder und auch den sowjetischen Block dazu bewegten, mit einer Zweidrittelmajori-

tät der Vereinten Nationen für diesen Vorschlag zu stimmen, obwohl bei der Sowjetunion auch der Wunsch, die Engländer aus dem Nahen Osten zu verdrängen, eine Rolle spielte. Ich verstehe nicht, warum Juden sich schämen, zuzugeben, daß ohne diese größte Katastrophe in der jüdischen Geschichte Israel heute wahrscheinlich noch nicht bestehen würde. Das Reue- und Schamgefühl dieser jüdischen Generation wäre berechtigt, wenn es sich auf die Kurzsichtigkeit beziehen würde, den Nazismus nicht vorausgesehen und nichts Entscheidendes unternommen zu haben, um die Katastrophe zu verhindern. Daß aber, nachdem der Holocaust bekannt wurde, die große Majorität der Juden der Welt über Nacht prozionistisch wurde und ihren ganzen Einfluß dafür einsetzte, die Schaffung eines Judenstaates zu ermöglichen, ist etwas, worauf diese Generation stolz sein darf, denn es ist sicherlich nur lobenswert, wenn ein Volk einen historischen Fehler einsieht und alles tut, um seine negativen Folgen zu überwinden.

Es war daher selbstverständlich, daß gleich nach dem Kriege das jüdische Volk den Gedanken des Judenstaates in seiner großen Majorität mit Begeisterung aufnahm und all seinen Einfluß in der Welt dafür einsetzte, die notwendige Majorität in den Vereinten Nationen dafür zu erreichen. Durch den Beschluß der UN machte das jüdische Volk einen Sprung über Jahrzehnte in der Erreichung des zionistischen Ziels. Was Israel in den etwas mehr als dreißig Jahren seit der Staatsproklamation erreicht hat, ist eines der großen Erfolgskapitel in der Geschichte. Zu den etwa 600000 Juden, die 1948 im Lande lebten, kamen drei Millionen hinzu; sowohl wirtschaftlich wie geistig, intellektuell und künstlerisch gesehen, hat das jüdische Volk seine großen Begabungen und seine noch größeren Energien in den Aufbau des Landes investiert, und kann mit Stolz auf das Ergebnis dieser drei Jahrzehnte zurückblicken.

Leider war dieses ganze Kapitel durch einen entscheidenden negativen Faktor belastet, den weder die Gründer des Zionismus noch seine Führer genügend beachtet haben (und ich schließe mich in diese Kritik ein), nämlich die Reaktion der arabischen Bevölkerung des Nahen Ostens. Diese Erbsünde beruht zum Teil auf der Tatsache, daß die zionistische Bewegung die kolonialistische Einstellung des

19. Jahrhunderts übernommen hatte, die darin bestand, europäische Herrschaft Völkern aufzuzwingen, die sie radikal ablehnten. Doch war es das Unheil des Zionismus, die Schaffung eines jüdischen Staates in Palästina in einem Moment zu beginnen, in dem sich die Kolonialpolitik in ihrem Endstadium befand und alle kolonisierten Völker auf ihre Unabhängigkeit drängten. Auch den Begriff des modernen, sogenannten souveränen Staates, übernahmen wir als politische Forderung des Zionismus in einer Epoche, in der, meiner tiefen Überzeugung nach, die Idee des souveränen Staates in das Schlußkapitel seiner Entwicklung tritt.

Im Grunde ist schon heute die Existenz der »souveränen« Staaten zwar eine völkerrechtliche Tatsache, doch de facto eine Fiktion. Kein Staat der Welt ist heute in der Lage, ohne Rücksicht auf andere wichtige Entschlüsse zu fassen, und das gilt auch für die Supermächte. Als Illustration erwähne ich nur ein Gespräch in diesem Zusammenhang. Als ich noch in Amerika lebte, bat mich Ben Gurion, den damaligen amerikanischen Außenminister Dean Rusk zu drängen, eine Antwort auf eine wichtige Anfrage seitens Israel, auf die Ben Gurion schon lange wartete, zu geben. Als ich Dean Rusk mit meinem Anliegen aufsuchte, sagte er: »Sie müssen verstehen, daß die Annahme, Amerika könne auf eine so delikate Frage allein und unabhängig antworten, eine Illusion ist. Bevor wir Stellung nehmen können, muß ich meine Alliierten in der NATO befragen, die Mitglieder der OAS und der SEATO.« Diese Erklärung ist charakteristisch: es gibt kaum Staaten in der Welt, die heutzutage nicht in politischen oder regionalen Bündnissen eingeschlossen sind, der Warschauer Pakt einerseits, die NATO andererseits, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, der Bund Afrikanischer Einheit usw. Abgesehen von der Schweiz und Österreich, die beide offiziell neutrale Staaten sind, ist Israel das einzige Land, das keinem Bunde angeschlossen ist. In dieser Isoliertheit, sich für seine Sicherung und Verteidigung gegenüber der arabischen Übermacht nur auf seine eigene militärische Kraft stützend, ist Israel auf die Dauer unhaltbar.

Unsere jahrtausendalte historische und religiöse Treue zu dem Lande Palästina haben wir jedoch mit der Konzeption eines modernen souveränen demokratischen Staates verbunden. Dabei ließen wir die

Tatsache aus dem Auge, daß die Kolonialregime in der ganzen Welt ihrem Ende zuingen, und daß mehr Araber als Juden in Palästina lebten, als wir den Gedanken eines Staates in ganz Palästina proklamierten. Herzl hatte überhaupt keinen Begriff von der Existenz der Araber, die weder in seinem »Judenstaat« noch in »Altneuland« eine Rolle spielten, und spätere Führer des Zionismus, wie Ben Gurion, Weizmann und Sharett, die glücklich gewesen wären, eine Verständigung mit den Arabern herbeizuführen, sahen dennoch in ihnen keinen entscheidenden Faktor, weder vom politischen noch vom moralischen Standpunkt, und verstanden nicht, daß die Araber berechtigt waren, Ansprüche zu stellen. Derjenige, der dieses tragisch komplizierte Problem am besten formulierte, war Chaim Weizmann, indem er sagte: »Der Konflikt zwischen Juden und Arabern ist nicht ein Konflikt zwischen Recht und Unrecht, sondern zwischen zwei Rechten, wobei jedoch die Juden ein größeres Recht haben, weil für uns ein jüdischer Staat eine Frage von Tod und Leben und eine ›conditio sine qua non‹ für unsere Zukunft bedeutet, während es für die Araber den Verlust von weniger als 1 % der arabischen Fläche darstellt. Daher«, behauptete er, »kann die Lösung nur in einem Minimum von Unrecht bestehen.«

Ich war immer, in dieser Hinsicht wie in vielen anderen, auf der Seite Weizmanns gegen Ben Gurion, und habe schon im Alter von 23 Jahren, als die Balfour-Deklaration von der englischen Regierung gegeben wurde, in der von Martin Buber herausgegebenen Zeitschrift »Der Jude« geschrieben:

»Solange wir nicht begonnen haben werden, solche Politik in der Araberfrage zu führen – es ist dies in Wahrheit schon keine Politik im europäischen üblichen Sinne mehr –, d.h. den großzügigen Versuch zu machen, über alle Agenten, Klubs, Cliques, Journalisten, Emire und Emissäre hinweg von Volk zu Volk, von Kolonie zu Dorf, von Gruppe zu Gruppe uns mit den Arabern auszusprechen, die Grundlagen für unser Zusammenleben im Land zu finden und Bande freundnachbarlicher Eintracht um uns zu knüpfen, so lange bleibt die Araberfrage der dunkle Punkt in der Palästinafrage, und diese selbst bleibt ungeklärt. Man werde sich doch endlich darüber klar, daß Lord Balfour und Curzon und Milner uns nicht Palästina »ge-

ben können, wenn die Araber im Lande unsere Gegner sind; daß wichtiger als alle diplomatischen Zusicherungen und feierlichen Deklarationen die Sympathie der arabischen Bevölkerung für uns ist. Solange sie uns bekämpft, wird jede englische Verwaltung des Landes in ihrer Förderung unserer Bestrebungen gehemmt sein; und unsere Kolonisation wird erst dann ungehindert und in großem Maßstab einsetzen können, wenn die Gegnerschaft der Araber beseitigt sein wird. Hier – ich wiederhole – ist der dunkle Punkt der Palästinafrage. Solange er existiert, wird die Frage: Wie steht's um Palästina? restlos nicht zu beantworten sein.«

Und in einer nichtjüdischen Wochenschrift, die ich leider nicht wiederfinden kann, faßte ich den gleichen Gedanken so zusammen: »Die Balfour-Deklaration, von der wichtigsten Macht, Großbritannien, gegeben, ist ein historisches Dokument; wichtiger jedoch wird der Tag sein, wenn die Araber dem jüdischen Volke eine ähnliche Balfour-Deklaration ihrerseits geben werden.«

Aber ich muß ehrlich gestehen, daß auch ich nicht mit der genügenden Energie darauf drängte, mit den Arabern eine Verständigung herbeizuführen, obschon ich als Entschuldigung sagen kann – was ein schwacher Trost für mich ist –, daß ich damals nicht genügend Autorität und Einfluß in der Zionistischen Bewegung hatte, um meine und Weizmanns Konzeption gegenüber derjenigen von Ben Gurion oder Jabotinsky durchzusetzen.

Es kann natürlich niemand nachträglich beweisen, ob der ernste Versuch, mit der arabischen Umwelt zu einer Verständigung zu kommen, Erfolg gehabt hätte. Weizmann hat einen Versuch gemacht in seinem Abkommen mit Feisal, bei der Pariser Friedenskonferenz nach dem Ersten Weltkrieg, doch wurde Feisal als König von Syrien sehr bald danach von den Franzosen verjagt, und das Abkommen blieb ohne jede Folgen. Eine Reihe von zionistischen Ideologen in Palästina, wie Buber, Magnes, der erste Präsident der Hebräischen Universität in Jerusalem, der Schriftsteller Smilansky, der Experte in arabischen Fragen Kalwariski und andere versuchten, eine Verständigung herbeizuführen, doch wurden sie von der großen Majorität der Zionistischen Bewegung abgelehnt, was ihnen natürlich jede Möglichkeit nahm, von den Arabern ernstgenommen zu werden.

Ben Gurion selbst, der eine Mischung aus extremem Missionar und realpolitischem Pragmatisten war, hat ernstere Verhandlungen mit arabischen Führern in Palästina geführt, aber, da er, wie spätere Dokumente beweisen, im Grunde immer auf einem Judenstaat im ganzen Palästina bestand und keine Teilung des Landes akzeptieren wollte, war keine Basis für ein wahres Übereinkommen gegeben; dem Versuch in den vierziger Jahren, eine Teilung Palästinas und die Schaffung eines jüdischen Staates in einem Teil des Landes international durchzusetzen, stimmte Ben Gurion zu, doch lehnte er meinen Vorschlag ab, zu versuchen, mit den Ägyptern zu verhandeln, bevor man den Staat proklamierte, worüber ich im einzelnen berichten werde. Obwohl ich nicht beweisen kann, daß damals eine Verständigung möglich gewesen wäre, glaube ich, daß es nie eine bessere Chance gab als 1947, auf Grund der Tatsache, daß die Mehrheit der Vereinten Nationen für einen Judenstaat gestimmt hatte und die arabischen Staaten, als das Erdöl noch keine große Rolle spielte, völlig isoliert und ohne entscheidenden Einfluß in den Vereinten Nationen waren.

Eine andere Möglichkeit, ernsthafte Friedensverhandlungen mit der Gesamtheit der arabischen Welt zu führen, bestand meiner Meinung nach unmittelbar nach dem Sieg im Sechstagekrieg 1967. Einige Tage vor dem israelischen Angriff erklärte der damalige Premierminister Levi Eshkol feierlich, daß Israel keine territorialen Expansionsabsichten habe. Wäre er stark genug gewesen, sein Versprechen nach dem Sieg einzulösen und den Arabern Verhandlungen auf der Basis einer mehr oder weniger umfassenden Räumung der eroberten Gebiete anzubieten, glaube ich, daß die Araber bereit gewesen wären, über eine Verständigung zu sprechen, statt in Khartum ihren negativen Beschluß zu fassen, mit Israel nicht zu verhandeln. »L'appétit vient en mangeant« gilt jedoch für Völker wie für einzelne, und der Siegestaumel nach dem Erfolg im Sechstagekrieg machte es Israel psychologisch sehr schwer, auf die eroberten Gebiete zu verzichten. Es hätte eines Bismarcks an der Spitze Israels bedurft, der nach dem deutschen Sieg gegen Österreich durchsetzte, keinerlei Annexionen zu verlangen, entgegen den Wünschen von Kaiser Wilhelm und der Generäle.

Daß wir den arabischen Faktor außer acht ließen, ist, was ich die »Erbsünde« der Zionistischen Bewegung nenne, und ich schließe mich in die Schuld an dieser Sünde ein. Auch ich sprach mit arabischen Führern in Genf und in Paris, aber es war immer ein schwacher Versuch, verglichen mit der Energie, mit der wir die Idee eines Judenstaates bei den Engländern, Franzosen, Amerikanern und anderen durchzusetzen versuchten. Politisch naiv, wie wir nach zweitausend Jahren der Diaspora-Existenz waren, sahen wir nicht, daß, was fünfzig Jahre vorher möglich gewesen wäre, im 20. Jahrhundert als die Periode der Kolonialregimes zu Ende ging, nicht mehr möglich war. England, die größte Kolonialmacht, hatte freiwillig alle seine Positionen in Asien und im Nahen Osten aufgegeben, Frankreich hatte unter de Gaulle all seine Kolonien in Afrika selbständig werden lassen und sogar Algerien, das eine französische Provinz gewesen war, in der hunderttausende Franzosen seit Generationen lebten, nach einem heftigen Konflikt als selbständige Republik anerkannt. Seitdem treten jedes Jahr neue »souveräne« Staaten in die Vereinten Nationen ein, von denen einige nur wenige hunderttausende Einwohner haben.

In einer solchen Periode zu glauben, daß es möglich wäre, die mehr als hundert Millionen Araber – die inzwischen durch ihr Erdöl eine der reichsten und politisch einflußreichsten Gruppen der Weltpolitik geworden sind – zu zwingen, einen kleinen Judenstaat zu akzeptieren, ist eine Illusion, über die künftige Generationen den Kopf schütteln werden. Im 19. Jahrhundert wäre dies durchaus möglich gewesen. Bekanntlich hat Napoleon sogar an einen jüdischen Staat in Palästina gedacht und, wenn es ihm ernst gewesen wäre, hätte er es durchsetzen können. In dieser Hinsicht kam der moderne Zionismus in der Form eines Judenstaates ein halbes Jahrhundert zu spät, und die Position Israels muß von Jahr zu Jahr schlechter werden, je mehr sich die Kraft der »dritten Welt«, darunter der arabischen Staaten, steigert.

Militärische Siege, wie sie Israel in seinen Kriegen gegen die Araber bisher erzielt hat, können die unvermeidlichen Konsequenzen nur hinausschieben, nicht aber ändern. Ich erwähne in dieser Beziehung eine Unterhaltung, die Ben Gurion nach dem Sinai-Feldzug von 1956,

als er Frankreich besuchte, mit Couve de Murville, dem damaligen französischen Außenminister, hatte. Mit seinem ungestümen Temperament stürzte Ben Gurion zu ihm hinein, setzte sich gar nicht, sondern sagte Couve, er käme nur auf drei Minuten, da er nur eine Frage habe. Man habe ihm erzählt, daß Couve den Sinai-Feldzug eine israelische Niederlage genannt habe, was er nicht verstehe, da doch der militärische Erfolg Israels auf aller Welt als ein großer Sieg betrachtet werde. Couve antwortete ihm: Siege oder Niederlagen hängen vom Frieden ab. Der Sinn jedes Krieges ist es nur, einen guten Frieden zu erwirken. Der Sinai-Feldzug, in dem Israel im Bündnis mit England und Frankreich gegen die Araber kämpfte, hat eine Verständigung mit den Arabern auf Jahrzehnte verschoben, weil sie nunmehr Israel als einen Agenten Westeuropas betrachten, und daher ist das Ergebnis eine Niederlage für Israel. Ben Gurion sagte »Danke schön« und ging.

Es ist psychologisch durchaus verständlich und beinahe unvermeidlich, daß die militärischen Siege das Denken Israels verwirrt haben und es ihm beinahe unmöglich machen, die wahre Lage im großen Weltzusammenhang zu sehen. Wenn der Sieger nicht auf lange Zeit militärisch überlegen bleibt, haben Siege in Schlachten noch nie bleibende Änderungen der Weltgeschichte herbeigebracht. In dem israelisch-arabischen Konflikt verwirklichte sich das Gegenteil. Die Araber wurden dauernd stärker, nicht nur wegen ihrer numerischen Überlegenheit – mehr als hundert Millionen Araber gegenüber drei bis vier Millionen Israelis –, sondern auf Grund des Machtzuwachses, den sie über Nacht durch ihre Ölschätze gewonnen haben.

Die israelischen Führer hätten verstehen müssen, daß die militärischen Siege bei all ihrer Bedeutung, und trotz der Bewunderung, die sie in vielen Teilen der Welt hervorriefen – vor allem weil sie von einem Volk errungen wurden, das jahrhundertlang nichts von Kriegsführen wußte –, nur den Wert einer Atempause haben könnten, die es Israel erlauben müßte, eine Verständigung mit den Arabern herbeizuführen. Leider hat Israel diese Konsequenz nicht gezogen, und daher wurden, so paradoxal es auch klingen mag, die Folgen jedes Sieges auf lange Sicht negativer. Das eindrucksvollste Beispiel ist der sensationelle Sieg im Sechstagekrieg, der im Grunde in den ersten

paar Stunden erreicht wurde, nachdem es Israel gelungen war, die ägyptische Luftwaffe am ersten Tag zu vernichten, indem die israelischen Flugzeuge so niedrig flogen, daß der ägyptische Radar sie nicht entdeckte. Dieser damals von der ganzen Welt bewunderte Sieg hatte unheilvolle psychologische Folgen: er hat das Selbstgefühl der Israelis ungemein gestärkt und sie zu der Weigerung verführt, die eroberten Gebiete zurückzugeben und durch Kompromisse eine Verständigung mit den Arabern zu ermöglichen.

Diese Politik leitete die Isolierung Israels ein, die seitdem dauernd gewachsen ist. Vielsagend war die völlige Änderung in der Haltung de Gaulles, der zuvor ein echter Freund Israels gewesen war, teils aus Bewunderung für die Leistungen des kleinen Staates, teils aus egoistischen politischen Gründen, solange Frankreich im Kampfe mit den Revolutionären in Algier stand. Als die Gefahr des Sechstagekrieges drohte, berief er den damaligen Außenminister Abba Eban nach Paris und verlangte von ihm die feierliche Zusicherung, daß Israel Ägypten nicht angreifen würde, da er ein Versprechen von Nasser hatte, keinen Krieg vom Zaun zu brechen, und auch die UdSSR Ägypten vor einem Krieg gewarnt hatte. Nachdem Israel de Gaulles Warnung nicht beachtet hatte, reagierte er sowohl politisch wie persönlich sehr heftig, und seitdem begann die Abwendung Frankreichs von der restlosen Unterstützung Israels und seine immer mehr araberfreundliche Politik.

Was mich persönlich betrifft, hatte ich Israel immer vor den Kriegen gewarnt – worüber ich noch ausführlich berichten werde – und ganz besonders vor dem Angriff 1967, der zum Sechstagekrieg geführt hat. Ich weigerte mich, während des Krieges zum Zeichen der Solidarität nach Israel zu kommen, wofür ich heftig kritisiert wurde, da ich damals Präsident der Zionistischen Weltorganisation war.

Um objektiv zu sein, muß meine Analyse der Haltung Israels in der arabischen Frage auch andere Aspekte der Geschichte des Zionismus und Israels in Betracht ziehen, die zu dieser falschen Einstellung der Zionistischen Bewegung und des Judenstaates hinsichtlich der Wichtigkeit des arabischen Faktors beigetragen haben. Wie ich erwähnte, wäre ohne den Holocaust Israel nicht so schnell proklamiert worden. Andererseits jedoch hat die Vernichtung der Millionen europä-

ischer Juden eine entscheidende Voraussetzung für die Verwirklichung der zionistischen Idee zerstört, da der Teil des jüdischen Volkes, der das größte und natürlichste Reservoir für eine Masseneinwanderung in den Judenstaat gebildet hätte, durch den Nazismus ausgerottet wurde. Wenn es die Millionen polnischer, rumänischer und anderer osteuropäischer Juden noch gäbe, würden jährlich hunderttausende Immigranten nach Israel strömen, ohne daß die Zionistische Organisation es nötig hätte, hunderte von Emissären in die Diaspora zu schicken, um einige tausend Immigranten zu überreden, nach Israel zu kommen.

Der zweite große und völlig unvorhergesehene Faktor, der die israelische Politik unheilvoll beeinflusst hat, war die Tatsache, daß die Geschichte Israels mit einem Krieg gegen die Araber begonnen hat, nicht allerdings durch die Schuld Israels, sondern weil die Araber auf den Beschluß der Vereinten Nationen mit einem Angriff auf Israel reagierten und kein richtiger Versuch gemacht wurde, den Beschluß der Vereinten Nationen den Arabern akzeptabel zu machen.

In einem meiner Gespräche mit Ben Gurion zitierte ich das talmudische Wort, »daß eine Sünde andere nach sich ziehe«. Seitdem haben drei weitere Kriege stattgefunden, in denen Israel bis auf den Jom-Kippur-Krieg klar gesiegt hat – und selbst dieser ging nicht eigentlich verloren –, doch ist ein wirklicher Friedenszustand zwischen Israel und der arabischen Welt trotz des Camp David Abkommens nicht in Sicht.

Der jahrzehntelange Kriegszustand hatte naturgemäß unvermeidliche Wirkungen auf die Psychologie Israels und hat sie extremer gestaltet, als es sonst der Fall gewesen wäre. Hinzu kommt, daß das tragische Erlebnis des Holocaust auch die Psychologie Israels und der Juden der Diaspora, in Bezug auf die Lösung des jüdisch-arabischen Problems, negativ beeinflusst hat. Das in Jahrhunderten der Diasporageschichte tief eingewurzelte Mißtrauen der Juden gegenüber allen Nichtjuden und ihre Überzeugung, daß nur eine eigensinnige und radikale Haltung ihre Zukunft sicherstellen konnte, Eigenschaften, die während der Emanzipation geschwächt wurden, wurden durch die Hitlerperiode wieder gestärkt und vertieft. Wenn Israel immer wieder darauf besteht, militärisch der gesamten arabischen Welt überle-

gen zu bleiben, statt seine Zukunft auf einen Friedensvertrag mit den Arabern und eine psychologische Verständigung mit ihnen einerseits, und auf effektive internationale Garantien andererseits zu bauen, ist das zum großen Teil eine psychologische Folge des Holocaust. Obwohl diese Erklärungen Israels Einstellung in der arabischen Frage psychologisch verständlich machen, bleibt die Lage dennoch grundsätzlich unhaltbar. Von den Vereinten Nationen, ohne deren Beschluß die Entstehung Israels unmöglich gewesen wäre, wird Israel dauernd verurteilt; die wenigen ihm sympathisch gegenüberstehenden Staaten sind meist reaktionär, wie Süd-Afrika; es wird von der arabischen Welt, mit Ausnahme von Ägypten, in seiner Existenz verdammt; ist wirtschaftlich, militärisch und finanziell fast hundertprozentig von dem amerikanischen guten Willen abhängig; und wird von dem kommunistischen Block und der dritten Welt in steigendem Maße abgelehnt. Nach einer jahrzehntelangen Tätigkeit, in der ich die zionistische Idee propagierte, um die Schaffung eines jüdischen Staates zu beschleunigen, schmerzt es mich verständlicherweise, diese Kritik zu äußern. Doch obwohl ich dafür von dem größten Teil der öffentlichen Meinung in Israel und der Juden der Diaspora angegriffen werde, halte ich es für meine Pflicht, meine Kritik und Warnung immer wieder zum Ausdruck zu bringen.

Das Argument, daß jemand, der nicht in Israel lebt und an der israelischen Politik beteiligt ist, kein moralisches Recht hat, Israel zu kritisieren, ist absurd und gefährlich. Daß die Feinde Israels durch die Kritik von Freunden Israels gestärkt werden, ist ebenso absurd, denn in der Welt der »mass media« von heute wissen alle Außenministerien von der Kritik, die tagtäglich in der israelischen Presse gegen Begin, seine Regierung und seine Politik – häufig viel extremer und intransigent, als ich es tue – formuliert wird. Das Motto »right or wrong my country« habe ich nie akzeptiert, wie es auch von vielen anderen gar nicht mehr anerkannt wird. Während des Vietnam-Krieges haben Millionen Amerikaner und viele Freunde der Vereinigten Staaten diesen Krieg verurteilt, und sogar die Regierungen von Präsident Johnson und Nixon haben solche Kritik, deren Berechtigung sie zwar bestritten, anerkannt und geduldet. Es zeugt von der Schwäche Israels und von den tiefen inneren Zweifeln selbst der Vertreter

seiner extremen Politik, daß Israel so empfindlich gegen jedes Wort der Kritik von Nicht-Israelis ist.

Wichtiger als meine kritische Analyse der Situation ist die Frage, worin meiner Meinung nach eine Lösung für den israelisch-arabischen Konflikt bestehen kann. Ich war stets davon überzeugt, daß es im Prinzip möglich ist, eine Verständigung mit den Arabern herbeizuführen, und habe denjenigen, die diese meine Hoffnung als naiv und illusorisch betrachteten, immer erwidert, daß, wenn alle Israelis überzeugt seien, daß die arabische Welt niemals einen Judenstaat in Palästina akzeptieren würde, die Israelis am besten ihre Koffer packen und in andere Länder auswandern sollten. Die wichtigste positive Wirkung der kühnen Geste Sadats, 1977 nach Jerusalem zu fliegen, war, daß ein großer Teil der israelischen öffentlichen Meinung dadurch überzeugt wurde, daß eine Verständigung mit der arabischen Welt prinzipiell möglich ist, was meines Erachtens die »conditio sine qua non« für die Zukunft des Staates ist. Viele Jahre hindurch habe ich über die Möglichkeit einer solchen Verständigung nachgedacht und sie mit israelischen, jüdischen und nichtjüdischen Persönlichkeiten diskutiert.

Eine Zeitlang glaubte ich, daß die Lösung in der Schaffung einer Föderation des Nahen Ostens bestehen würde, der die arabischen Staaten und auch Israel angehören würden. Schon in meiner entscheidenden Verhandlung mit Dean Acheson in den vierziger Jahren war die Idee einer solchen Konföderation meine Antwort auf seine Frage, wie ich mir die Verständigung zwischen einem jüdischen Staat und der arabischen Welt vorstellte. Ich bin in den letzten Jahren von dieser Konzeption abgekommen, nicht nur weil die Spaltung in der arabischen Welt und vor allem die Polarisierung zwischen gemäßigten prowestlichen Staaten und extremen antiamerikanischen Ländern im Wachsen begriffen ist, und daher an eine solche Konföderation praktisch in der nahen Zukunft nicht zu denken ist, sondern weil ich auch psychologisch daran zweifle, ob zwei so in Extremen und Superlativen denkende und fühlende Gruppen wie die Juden und die Araber sich auf die Dauer in einer gemeinsamen Organisation werden vertragen können.

In einer bescheideneren Form halte ich jedoch eine Konföderation

noch für möglich, und zwar, nachdem es zu einer Verständigung mit den Palästinensern gekommen wäre, stelle ich mir vor, daß eine Art Wirtschaftsgemeinschaft des Nahen Ostens, bestehend aus Jordanien, dem Palästinenserstaat und Israel, denkbar wäre, was ökonomisch für alle Beteiligten von Vorteil wäre und den Frieden psychologisch zementieren könnte.

Darüber hinaus neige ich aber mehr und mehr zu dem Gedanken, daß die wirklich klärende Antwort auf die Frage der Existenz eines jüdischen Staates mitten in der arabischen Welt viel weitgehender und radikaler sein müßte: eine Neutralisierung Israels, die ich aus außenpolitischen und innerjüdischen Motiven trotz heftiger Kritiken vieler meiner Gegner weiterhin verteidige. Außenpolitisch wäre es für die arabische Welt viel leichter, einen nichtarabischen kleinen Staat in ihrer Mitte zu dulden, wenn dieser darauf verzichten würde, weltpolitisch Stellung zu nehmen, oft entgegengesetzt zur arabischen Politik. Hammarskjöld, mit dem ich diese Idee mehrfach besprochen habe und der sie als realistisch betrachtete, hat sich einmal mit Nasser ausführlich darüber unterhalten und Nassers prinzipielle Zustimmung erwirkt, obschon dies keine praktische Bedeutung hatte, da ich nicht die Führung Israels hatte. Einer der permanenten Ziele der arabischen Welt ist die politische Einigung der vielen arabischen Staaten in einem Block, von Marokko bis Irak, meines Erachtens eine durchaus realistische Zielsetzung, wenn ihre Verwirklichung auch lange dauern kann. In einem solchen arabischen Block wäre die Existenz eines sogenannten souveränen, unabhängigen jüdischen Staates, mit einigen Millionen Einwohnern unter mehr als hundert Millionen Arabern, schwer erträglich für die arabische Welt! Solange Israel in der heutigen Form besteht, verstehe ich die Befürchtung der meisten Israelis, einen ebenfalls souveränen palästinensischen Staat an seiner Seite zu dulden. Ein solcher völlig unabhängiger kleiner Staat könnte leicht den Ehrgeiz haben, den jüdischen Staat aufzusaugen oder ihn zu einer Politik zu zwingen, die er ablehnen müßte. Die beiden kleinen Staaten könnten zu Instrumenten der Supermächte werden, und der Verdacht, daß die Sowjetunion Palästina als Agent benutzen würde – ebenso wie die Vereinigten Staaten Israel – ist nicht aus der Luft gegriffen.

Ganz anders wäre die Lage, wenn Israel formell neutralisiert und durch internationale Garantien gesichert wäre, und unter Umständen ein ähnliches Verfahren auch für den palästinensischen Staat – vor allem wenn er mit Jordanien konföderiert wäre – angewandt würde. Dann gäbe es in diesem turbulenten Nahen Osten eine neutralisierte Zone, von fast allen Mächten der Welt garantiert, auf lange Sicht bedeutender für den Frieden als die Fortexistenz einer Reihe von kleinen Staaten. Ein neutraler jüdischer Staat, der sich aus welt-politischen Händeln und Konflikten heraushalten würde – wie es heute die Schweiz und Österreich tun – würde viel leichter im arabischen Block akzeptiert und mit ihm sogar wirtschaftlich und kulturell kooperieren können. Die Schweiz beweist, wie ein solcher kleiner, neutraler Staat in jeder Hinsicht blühen und gedeihen kann und von allen Mächten der Welt geschätzt und geachtet wird.

Der historische Aspekt des Judentums ist das zweite Argument für meinen Vorschlag der Neutralität des jüdischen Staates. Die Einzigartigkeit des jüdischen Volkes ist für mich der Ausgangspunkt für die Lösung aller jüdischen Probleme. Wir sind fast in allen Hinsichten eine Ausnahme von der Regel, und es ist meine tiefe Überzeugung, daß ein Volk sein Wesen und seinen Charakter nicht radikal ändern kann, ohne seine intellektuelle und moralische Existenzberechtigung zu verlieren. Nach dem Fehlschlag von zwei unabhängigen Königreichen in der Vergangenheit, nach zweitausend Jahren der Diasporageschichte, scheint mir die Schaffung eines kleinen souveränen Staates als Krönung der jüdischen Geschichte irgendwie unzureichend. Wir sind in der Geschichte ein kleines, aber großes Volk geblieben, nicht im Hinblick darauf, was wir politisch und militärisch geleistet, sondern was wir religiös, intellektuell und künstlerisch vollbracht haben. Wenn die nichtjüdische Welt an das jüdische Volk denkt, in Bewunderung und manchmal Kritik, denkt sie nicht an die Könige von Juda und Israel, sondern an die Propheten, an die jüdischen Philosophen und Ideologen des Mittelalters und der modernen Zeit, an Spinoza, Heine, Freud und Einstein.

Wie bereits erwähnt, stellte sich das jüdische Volk in der Gesamtheit seiner Geschichte als Nonkonformist dar, doch nahm die Welt diese Position hin, weil sich die jüdische Sonderheit in geistigen, religiösen

und moralischen Ideen und Figuren äußerte. Obschon die Menschheit zu Anfang auf »Störenfriede« wie die Propheten und Philosophen, Maimonides oder Spinoza, und in unserem Zeitalter auf Männer wie Marx, Einstein und Freud negativ reagierte, weil sie bestrebt waren, den kulturellen und geistigen Status quo zu ändern, nahm sie sie dennoch hin, weil die öffentliche Meinung, bewußt oder unbewußt, überzeugt war, daß diese geistigen Herausforderungen letzten Endes den menschlichen Fortschritt bewirkten. Die Lage ist jedoch völlig anders, wenn, wie es heute der Fall ist, Israel unter der Führung von Männern wie Begin sich auf keine Einigung einläßt, sondern zum Beispiel den Süd-Libanon immer wieder bombardiert, und so als Störenfried von der Öffentlichkeit auf die Dauer nicht hingenommen werden kann.

In diesem Zusammenhang erwähne ich eines der kompliziertesten Probleme der Weltgeschichte, über das ich seit Jahren nachdenke, ohne eine wirkliche Antwort zu finden, und zwar die Frage nach der Rolle von Macht als Mittel der Verwirklichung großer Ideen, eines der paradoxesten Probleme der Geschichte. Macht ist ihrer Definition nach das Gegenteil großer Ideale, doch kann kein Ideal ohne Anwendung von Macht verwirklicht werden. Damit entsteht das Paradoxon, daß die höchsten sittlichen oder religiösen Ideale nur durch Mittel, die unsittlich und unmoralisch sind, verwirklicht werden können. Dies ist die schwierige Frage von Ziel und Mittel, Zweck und Instrument, Zielsetzung und Methode der Verwirklichung, die viele Denker beschäftigt hat, ohne daß sie eine völlig befriedigende Antwort gefunden hätten.

Das Problem ist besonders wichtig für die Existenz des jüdischen Volkes, das Jahrtausende unter normalerweise unmöglichen Bedingungen – ohne ein eigenes Land, zerstreut, verfolgt, herumgejagt – überstanden hat ohne die Anwendung von Macht. Die kurzen Epochen jüdischer Königreiche, die Kriege geführt und manchmal auch Siege errungen haben, spielen in der Lösung des Rätsels jüdischer Existenz eine minimale Rolle; wenn es nur auf die jüdischen Könige, die Makkabäer und Bar Kochba angekommen wäre, gäbe es schon lange kein jüdisches Volk mehr. In einem kürzlich veröffentlichten Buch beweist Joshafat Harbaki, Historiker und Professor an der He-

bräischen Universität, daß der Bar-Kochba-Aufstand ein Unglück war und zur Vernichtung hunderttausender Juden in Palästina geführt hat, die unter römischer Herrschaft friedlich lebten und mit großer Toleranz behandelt wurden. Auch der Massenselbstmord auf Massada steht in krassem Widerspruch zur Grundtendenz der jüdischen Religion, die Selbstmord als unverzeihliche Sünde betrachtet. Das jüdische Volk existierte nur weiter auf Grund der religiösen und sittlichen Werte, die die Propheten, die Lehrer des Talmuds und die Rabbiner des Mittelalters proklamiert haben. Historisch gesehen steht der Versuch Israels, seine Existenz und Zukunft auf Macht zu gründen, in absoluten Widerspruch zu dem einzigartigen Charakter jüdischer Geschichte, der Existenz eines Volkes in dutzenden Ländern ohne eine wirkliche Machtbasis. Das soll nicht heißen, daß es falsch war, zur Gründung des jüdischen Staates Macht anzuwenden, um dem arabischen Versuch, den Staat Israel zu vernichten – einem Wunsch, den viele Araber noch immer im tiefen Herzen hegen –, siegreich zu widerstehen. Die Not kann Völker auch zwingen, Methoden anzuwenden, die nicht im Einklang mit ihrer Vergangenheit und ihrem Charakter sind, doch diese Methoden sollen eine Ausnahme bleiben und nicht die Regel werden.

Ben Gurion war sich der Fragwürdigkeit der Tatsache, daß Israel sich in erster Linie auf Macht stützen mußte, immer bewußt. Hingegen ist das arrogante Vertrauen Begins, daß die israelische Armee dauernd stärker sein werde als die Soldaten der über hundert Millionen Araber, und seine Ablehnung internationaler Garantien mit der vorübergehenden Stationierung nichtjüdischer Soldaten an den Grenzen, nicht nur realpolitisch absurd, sondern steht auch in totalem Widerspruch zu den großen Traditionen der jüdischen Geschichte, die ihm so viel bedeutet.

Man darf auch nicht außer acht lassen, daß die momentane militärische Kraft Israels beinahe völlig von dem guten Willen der Vereinigten Staaten und der jährlichen Lieferung von Milliarden in amerikanischen Waffen abhängt. Jede Änderung der amerikanischen Politik im Nahen Osten könnte diese Lage radikal ändern. Solche Änderungen sind keineswegs ausgeschlossen: man erinnere sich an Präsident Eisenhower, der, in einem radikalen Umschwung nach dem Sinai

Feldzug 1956, Ben Gurion zwang, sich von allen eroberten Gebieten zurückzuziehen, und an den kürzlichen amerikanischen Bruch mit Taiwan, um gute Beziehungen mit dem kommunistischen China herzustellen. Trotz der proisraelischen Erklärungen, die Ronald Reagan während seiner Wahlkampagne gemacht hat, bin ich überzeugt, daß sich die USA nicht den Luxus leisten können, den Nahen Osten, mit den größten Ölreserven der Welt, russischem Einfluß zu überlassen, und daher gezwungen sind, sich der arabischen Welt zu nähern. Ich halte es nicht für wahrscheinlich, daß Amerika je Israel endgültig fallen lassen wird, doch wird die amerikanische Politik mehr und mehr Rücksicht auf die arabischen Forderungen nehmen müssen. Im Interesse der Stabilität des Nahen Ostens werden sich in naher Zukunft sowohl die Vereinigten Staaten wie auch die europäischen Länder im Sinne der Herbeiführung eines totalen Friedens bemühen, der unweigerlich auf einer Anerkennung der palästinensischen Rechte beruhen wird, natürlich gepaart mit soliden und echten Garantien für die Grenzen Israels, wie sie in einem Friedensvertrag zwischen Israel und den arabischen Staaten akzeptiert werden müssen.

Auch wenn die Majorität Israels in einer permanenten Vogelstraußpolitik sich weigert, diese Entwicklung zu erkennen, ist es undenkbar, daß sich ein kleines Israel von einigen Millionen jüdischen Einwohnern auf lange im Kriegszustand mit weit über hundert Millionen Araber erhalten kann. Ein Israel, wie ich es mir vorstelle, neutralisiert, garantiert, geschützt durch die nichtjüdische Welt, hätte realistischere Aussichten für seine Zukunft und Fortdauer, und was nicht weniger wichtig ist, es wäre im Einklang mit dem einzigartigen Charakter jüdischer Geschichte und wäre nicht nur in seiner Bevölkerung jüdisch, sondern auch in seinen Methoden und seiner Existenz. Ein »normaler« kleiner jüdischer Staat, inmitten der arabischen Welt, wird notwendigerweise seine Energien vor allem in die militärische und ökonomische Sicherung des Staates investieren müssen. Solch ein Staat, wie es der Libanon, Tansania oder Uganda sind, wäre nicht die Krönung jüdischer Geschichte, was der Zionismus sein wollte, sondern eher eine Form der kollektiven Assimilation. Daß der Mann, der die Idee eines modernen kleinen Staates als Lö-

sung der Judenfrage entwickelt hat, Theodor Herzl, ein totaler Ignorant der jüdischen Geschichte war, erklärt diese von mir aus gesehen falsche Einstellung des Zionismus von Beginn an. Es ist eine Erkenntnis, die ich erst im letzten Abschnitt meines Lebens gefunden habe, als Schlußfolgerung einer mehr als sechzigjährigen politischen Arbeit für den Zionismus.

Ein weiteres entscheidendes Argument für diese Auffassung basiert in der Struktur des jüdischen Lebens, in der Tatsache, daß 80 % des jüdischen Volkes in der Diaspora leben und nur ein Fünftel des Volkes in Israel, und daß es vorläufig keine Anzeichen einer radikalen Änderung dieser Proportion gibt. Ich glaube fest daran, daß, wenn einmal Israel Frieden haben wird, hunderttausende, wenn nicht Millionen Juden in den jüdischen Staat kommen werden, doch glaube ich nicht, daß es jemals einen völligen »Kibbuz Galujot«, die Vereinigung aller Juden der Welt in Israel, wie es Ben Gurion erträumte, geben wird. Da meines Erachtens Millionen Juden in der Diaspora weiterleben werden, ist die Solidarität der jüdischen Diaspora mit dem jüdischen Staate die entscheidende Voraussetzung für das Überleben beider Sphären jüdischer Existenz. Ein politisch unabhängiger jüdischer Staat, der Stellung nimmt in weltpolitischen Fragen, macht diese Solidarität sehr schwierig. In allen Diaspora-Ländern befinden sich heutzutage die jüdischen Gemeinschaften in einem faktischen oder potentiellen Konflikt mit ihren Regierungen, nicht nur in den antiisraelisch eingestellten kommunistischen Staaten, sondern auch in Frankreich, England und sehr bald möglicherweise auch in den USA.

Ich betone hier, daß ich nicht davon ausgehe, daß jüdische Bürger, wegen ihrer Loyalität gegenüber den Ländern, in denen sie leben, keine Solidarität mit Israel bekunden sollten. Es war ein Dogma der Nazi-Ideologie, daß ein Mensch seine Familie, seine Klasse, seine Religion und alle anderen Gemeinschaften, denen er angehört, gegenüber seiner Loyalität für das »tausendjährige Reich« zurückstellen müsse. Kultur beruht auf der Vielfalt von Loyalitäten, und je kultivierter ein einzelner oder eine Kollektivität ist, je reichhaltiger sie sind, umso mehr Loyalitäten besitzen sie – die naturgemäß manchmal miteinander in Konflikt kommen können. Ich habe oft ein sehr

prosaisches Beispiel gegeben: ein Mensch hat wohl das Recht, beiden Eltern gegenüber loyal zu sein, selbst wenn sie nicht nur geschieden, sondern verfeindet sind. Wann immer es solche Konflikte gibt, muß er allerdings Prioritäten setzen, aber keinesfalls hat eine Loyalität das Recht, alle anderen zu negieren. Bei aller Treue zu seinem Vaterland – ob demokratisch oder kommunistisch, ist gleichgültig – hat ein Jude das Recht, sich religiös, kulturell und historisch mit Israel verbunden zu fühlen, und falls es zu einem Konflikt zwischen beiden Loyalitäten kommt, seine Prioritäten zu wählen. Auf der anderen Seite bedeutet die Existenz dieses schwierigen Problems, daß Israel alles tun muß, um die Möglichkeit solcher Konflikte zu vermeiden und nicht durch anmaßende Erklärungen derartige Konflikte sogar zu provozieren. Ein neutrales Israel, das de facto ein geistiges und religiöses Zentrum für das jüdische Volk wäre, wenn auch rechtlich in Form eines Staates, würde es jedem Juden der Welt, in welchem Regime immer er lebt, viel leichter machen, moralisch, seelisch und intellektuell mit Israel verbunden zu sein.

Das Argument, daß diese Konzeption auf »wishful thinking« beruht, betrachte ich als nicht begründet, da ich überzeugt bin, daß es keinen Frieden im Nahen Osten geben wird, wenn nicht die beiden Großmächte, neben anderen Staaten, ihn garantieren werden, womit schon die Basis für die Neutralität gegeben wäre.

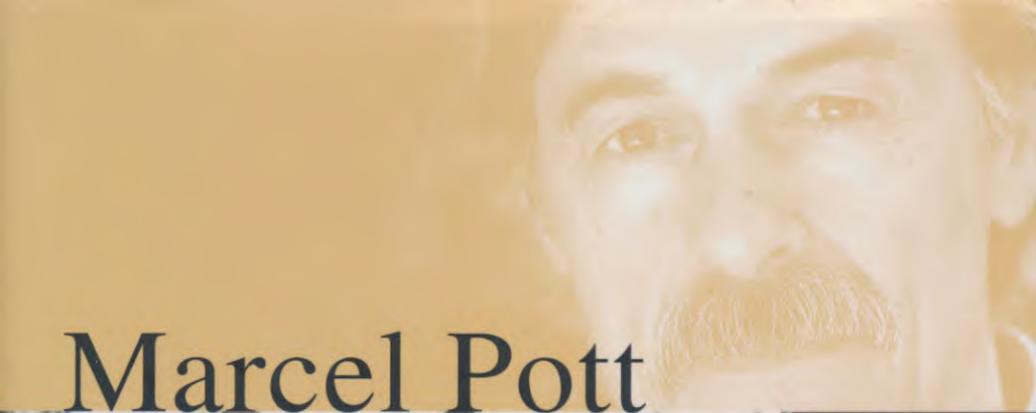
Realpolitisch gesehen, halte ich die Konzeption eines neutralen Israels für sinnvoller als die Existenz eines souveränen, völlig unabhängigen Staates. Nur auf die Vereinigten Staaten gestützt, verfeindet mit dem kommunistischen Block und der dritten Welt, hat Israel wenig Chancen des permanenten Überlebens. Es ist die Tragödie Amerikas und der demokratischen Welt, daß die USA nicht mehr in der Lage sind, alleine wichtige Weltprobleme zu lösen. Nicht einmal mit der Unterstützung der europäischen Demokratien können die Vereinigten Staaten die Existenz Israels auf die Dauer garantieren; sie haben weder die politische Macht noch auf lange Sicht den Willen dazu. So ist es zum Beispiel absurd, daß die ökonomische Hilfe, die Amerika Israel Jahr für Jahr zukommen läßt, dem Gesamtwert der Beiträge gleichkommt, die die USA an alle übrigen Länder als Unterstützung gibt. Auch ein militärisches Bündnis mit den Vereinigten Staaten

wäre für Israel völlig verkehrt, denn dadurch würde es sich endgültig mit dem kommunistischen Block und der dritten Welt verfeinden; in Unterhaltungen mit amerikanischen Staatssekretären unter verschiedenen Präsidenten habe ich auch den Eindruck gewonnen, daß die USA auf den Gedanken einer einseitigen Allianz mit Israel nicht eingehen würden, da sie damit in einen sicheren Konflikt mit den Arabern geraten würden.

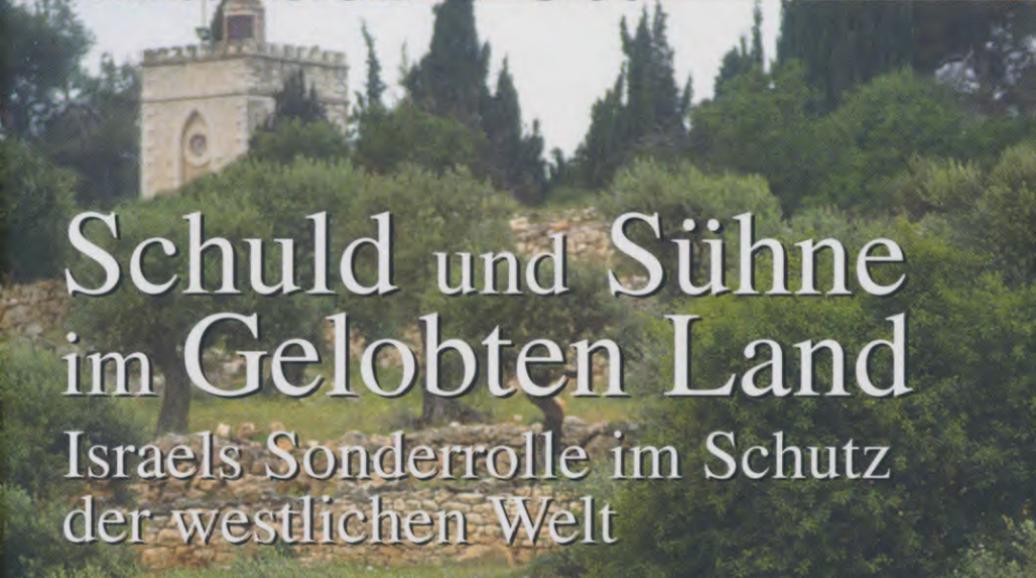
Auch von Israel aus gesehen, halte ich den oft ventilierten Gedanken einer militärischen Allianz der USA mit Israel für Israel auf die Dauer für gefährlich. Es würde damit klar und eindeutig Stellung nehmen in der großen Konfrontation zwischen Amerika und der Sowjetunion, und es den Juden in den osteuropäischen Ländern unmöglich machen, Solidarität und Sympathie für Israel zu bekunden; um nur ein Beispiel zu geben: ein solches Bündnis würde unweigerlich zur Einstellung jeder jüdischen Auswanderung aus Rußland führen.

Nur eine Kooperation zwischen den beiden Großmächten und auch mit Europa kann eine Lösung des Nahost-Problems herbeiführen, und damit wäre schon die Grundlage für meine Konzeption gegeben. Diese Konzeption ist kein Hirngespinnst eines abstrusen Denkers, wird sie doch durch das Beispiel des neuen Österreichs bewiesen, das nur durch die Verständigung zwischen der UdSSR und den USA als neutraler Staat entstehen konnte und heute eines der wirtschaftlich solidesten und erfolgreichsten Länder Europas ist, und ohne direkt Stellung zu nehmen, nur durch seine Existenz und geschickte Leitung, weltpolitisch eine gewisse Rolle spielt.

Formell ein Staat wie alle anderen, als Symbol der jüdischen Gleichberechtigung, faktisch jedoch in erster Linie ein moralisches, religiöses und kulturelles Zentrum für das zerstreute jüdische Volk, wäre ein neutrales Israel eine adäquatere Verwirklichung des entscheidenden Charakters und der einzigartigen jüdischen Geschichte, und eine viel solidere Basis für die Sicherung des jüdischen Volkes in der Zukunft, als es der Staat in seiner heutigen Struktur und vor allem in seiner verfehlten jetzigen Politik darstellt.



Marcel Pott



Schuld und Sühne
im Gelobten Land

Israels Sonderrolle im Schutz
der westlichen Welt



VERLAG
KIEPENHEUER
& WITSCH

Der Verlust der Heimat, Flucht und Vertreibung bestimmen bis heute das kollektive Bewusstsein des palästinensischen Volkes. Das Schicksal der Palästinenser ist untrennbar verbunden mit dem Denken und Tun des jüdischen Volkes, das selbst in seiner kollektiven Erinnerung geprägt ist durch ein einzigartiges Schicksal der Verfolgung, Erniedrigung und physischen Vernichtung. Darin liegt das besondere Wesen dieses Konfliktes. – Wir Deutschen tragen historisch im Blick auf Israel und Palästina eine doppelte Verantwortung, denn das Schicksal der Juden hat das Schicksal der Araber bestimmt.

Zeit, Farbe zu bekennen

Außenminister Joseph Fischer verkündet, im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern die Rolle eines unparteiischen Schiedsrichters oder eines Vermittlers einzunehmen, doch de facto betreibt Deutschland eine einseitig proisraelische Politik. Daran ändert die beträchtliche finanzielle und technische Hilfe der Bundesregierung für die Palästinenser nichts. Denn es geht um etwas grundsätzlich anderes.

Wenn es Fischer bei der »Suche nach einem gerechten Frieden«³⁴ um eine ausgewogene Haltung zu tun ist, die Deutschland wirklich »politikfähig«³⁵ machen würde, hätte die Bundesregierung die Frage der Siedlungen längst zum Prüfstein der deutschen Palästina-Politik erklären müssen. Die von Fischer bemühte Formel »zwei Staaten – ein Friede«³⁶ wird alsbald zu einer hohlen Phrase, wenn Ariel Sharon nicht dazu gebracht wird, den von ihm forcierten Ausbau jüdischer Siedlungen in den palästinensischen Gebieten zu beenden. Andernfalls verlieren die Palästinenser noch mehr Land, und ihr Staat bleibt für alle Zeiten eine Chimäre. Das wäre genau das, was Ariel Sharon bezweckt.

Ein Stopp des Siedlungsbaus wäre nur durch Druck erreichbar. Druck, der auch aus Europa kommen müsste, der aber von den Europäern nur erzeugt werden kann, wenn Deutschland mitmacht.

Aufgrund des Assoziierungsabkommens mit der EU, das Israel bedeutende Zollprivilegien einräumt, gibt es in der Handelspolitik genügend Hebel, die man einsetzen könnte, um die israelische Regierung zu einem Umdenken in der Siedlungsfrage zu bewegen. Das wäre der notwendige Politikwechsel, der einhergehen müsste mit erhöhtem Druck auf den diktatorischen Machtapparat der Palästinenser, tatsächlich demokratische und rechtsstaatliche Strukturen aufzubauen. Das gäbe der EU endlich die Möglichkeit, eine gestalterische Rolle bei der Friedenssuche im Nahen Osten zu spielen.

Stattdessen redet Fischer von einem »tragischen Konflikt«³⁷, in dem zwei Völker um dasselbe Land kämpfen – als ob sich zwei ebenbürtige Feinde gegenüberstünden. Was meint er mit

tragisch? Gewiss, es ist ein dramatischer Kampf um Heimat, Existenz und Selbstbestimmung. Doch handelt es sich wirklich um einen unvermeidlichen und unausgleichbaren Gegensatz, der in den vom Schicksal bestimmten Untergang führt? Mit seiner Wortwahl lenkt Fischer von der Ursache des Konflikts ab und von der Verantwortung, die daraus erwächst.

Die Quelle des Übels liegt, wie wir schon wissen, in Europa. Ohne den Antisemitismus, »die europäische Erbsünde«, die britische Kolonialpolitik und den Holocaust hätte es den Palästina-Konflikt so nicht gegeben. Die Europäer haben den Konflikt nach Palästina getragen. Deshalb trifft sie die Verantwortung für seine Lösung.

Fischer macht es sich zu leicht. Es geht nicht allein darum, dass Israel sich auf das »demokratische Deutschland als Partner und Freund verlassen« kann, »heute und in Zukunft«. ³⁸ Es geht auch darum, dass wir, die Kinder und Enkel der Holocaust-Täter, nicht nur dort, aber ganz besonders in Palästina dem Recht zur Geltung verhelfen müssen. Doch nicht dem Faustrecht. Unsere besondere Verpflichtung, »für das Existenzrecht und die Sicherheit Israels und seiner Bürger« ³⁹ einzutreten, ist eine ewige Pflicht. Damit verbunden ist die humanistische Aufgabe, die Menschenrechte und das Völkerrecht – wenn möglich – durchzusetzen. Das bezieht sich aber nicht nur auf die Israelis, sondern auch auf die Palästinenser. Die Regierung Sharon, wie ihre Vorgänger seit 1967, bricht jedoch mit dem Siedlungsbau vorsätzlich und andauernd das Völkerrecht. Sie tut dies mit der Anmaßung, das Recht des Stärkeren zu besitzen. Ebenso wie sie das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte verletzt.

Darf der Holocaust als Rechtfertigung oder Entschuldigung für die gezielte Missachtung des Rechts dienen? Wir brandmarken und verurteilen den blutigen Terror palästinensischer Attentäter. Das ist unsere Pflicht. Wir nennen Arafat einen Täter, weil er Schuld auf sich geladen hat. Das ist notwendig. Aber gibt es für die israelische Regierung ein Sonderrecht? Wenn dem so ist, muss man es offen sagen. Das wäre wenigstens ehrlich.

Der Holocaust und die bittere, jahrhundertelange Leidensge-

schichte des jüdischen Volkes befreien keine israelische Regierung von ihrer Verantwortung gegenüber dem palästinensischen Volk, dessen Land es seit 1967 besetzt hält. Vergangenes Unrecht darf nicht als Rechtfertigung für heutiges Unrecht dienen.

Deutschland kann sich nicht drücken, wenn es um die Politik Israels in den besetzten Gebieten geht. Auch deshalb nicht, weil die Regierung Sharon eine politische Linie verfolgt, die langfristig die Sicherheit Israels und seiner Bürger gefährdet. Hier kommt die deutsche Verantwortung wieder ins Spiel. Es ist höchste Zeit, Farbe zu bekennen.

Das Ende eines »Tabus«

Die deutsch-israelischen Beziehungen sind im Laufe der Jahrzehnte immer enger geworden. Das gilt besonders seit der Ära Kohl (1982–1998). Deutschland ist heute nach den USA der wichtigste Verbündete Israels. Dabei erstreckt sich die Zusammenarbeit auf alle relevanten Politikfelder und das schließt die militärische und die geheimdienstliche Kooperation mit ein. Besonders bemerkenswert ist der Umstand, dass die Bundesregierung heute quasi wie eine Schutzmacht Israels in der Europäischen Union auftritt.

Fast 60 Jahre nach dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes gibt es also *normale* Beziehungen zwischen dem Land der Täter und dem der Opfer, die gleichzeitig alles andere als normal sind. Ob jemals Normalität im Sinne des Wortes zwischen den ungleichen *Partnern* eintreten wird, ist mehr als fraglich. Das liegt natürlich an der Vergangenheit. Der Holocaust ist nicht in den Hintergrund gerückt. Weder in Israel noch in Deutschland, wie die von Jürgen W. Möllemann im Frühjahr 2002 ausgelöste Antisemitismus-Debatte zeigt. In diesem Licht erscheint das deutsch-israelische Verhältnis noch komplexer als früher. Denn es geht heute über die gemeinsame Vergangenheitsbewältigung hinaus, weil das Schicksal der Palästinenser, der *Opfer zweiten Grades*, mit hineinspielt. Unmittelbar betrifft der Holocaust Israelis und Deutsche – mittelbar die

Palästinenser. Der nachdenkliche Erhard Eppler (SPD) hat sich in der Möllemann-Affäre auch zu Wort gemeldet: »Mit dem schillernden Karriereristen Möllemann stößt der falsche Mann mit falschen Tönen eine richtige Diskussion an.

Es muss in Deutschland möglich sein, Kritik an Sharon zu äußern, ohne gleich mit dem Vorwurf des Antisemitismus konfrontiert zu werden. Ich hätte mir gewünscht, dass eine seriösere Figur einer seriöseren Partei diese Debatte eingeleitet hätte. Vielleicht ist Sharon ein Unglück gerade für Israel selbst.«⁴⁰

Natürlich ist nicht jede Israel-Kritik gleich Antisemitismus. Dennoch ist überhaupt nicht auszuschließen, dass sich hinter kritischen Äußerungen über die israelische Regierung etwas anderes verbirgt. Ich meine den verbrämten Antisemitismus. Dieser muss entlarvt und bekämpft werden.

Gleichzeitig ist es richtig, darauf hinzuweisen, dass die Verantwortung für das Existenzrecht Israels eine bedeutende Konstante in der deutschen Außenpolitik darstellt. Der Hinweis ist vor allem dann angebracht, wenn deutsche Stimmen den Verdacht nähren, sie zielten mit ihrer Kritik an der israelischen Politik in Wahrheit auf die Juden an sich. Wenn das Bild des *hässlichen Juden* auftaucht, der selbst haftbar gemacht wird für den Judenhass – dann darf es keine falsche Toleranz geben. Dasselbe gilt, wenn der Eindruck entsteht, es solle antisemitischer Bodensatz aufgerührt werden, um damit am rechten Rand auf Stimmenfang zu gehen. Klarheit ist auch dann vonnöten, wenn jene, die Israel schuldig sprechen, über diesen Umweg versuchen, die eigene historische Schuld zu kompensieren.

Natürlich ist es eine Pein, zu wissen oder immerfort hören zu müssen, dass die eigenen Groß- oder Urgroßeltern den Völkermord an den Juden begangen haben. Das hören viele Deutsche in der Tat nicht gern. Deshalb würden sie am liebsten einen Schlussstrich ziehen, um der eigenen Geschichte entfliehen zu können. Doch so schwer die Bürde der Vergangenheit auch auf uns lastet, es gibt vor ihr kein Entrinnen. Es bleibt die Verantwortung als Verpflichtung für die Zukunft. Aber dabei geht es nicht allein um das Existenzrecht des Staates Is-

rael, sondern auch um das Existenzrecht des palästinensischen Volkes in einem souveränen eigenen Staat.

Die Palästinenser sind *Opfer zweiten Grades* von deutscher Hand.

Aus der deutschen Schuld an der Vernichtung der Juden folgt der Imperativ *Nie wieder Holocaust*. Daraus erwächst für das demokratische Deutschland die Aufgabe, grundsätzlich für das Recht einzutreten, für die Menschenrechte und für das Völkerrecht. Noch einmal: Wir schulden den Opfern des Holocaust tätige Reue durch glaubwürdiges Tun. Glaubwürdig sind wir nur, wenn wir Unrecht beim Namen nennen.

Unrecht aber ist das, was dem palästinensischen Volk durch die israelische Besatzungsmacht geschieht. Nirgendwo sonst auf der Welt gibt es ein Land im direkten Einflussbereich des Westens, wo einem ganzen Volk das Selbstbestimmungsrecht verwehrt wird, nur in Palästina. Dort missachten wir in aller Offenheit ein zentrales Prinzip unseres Wertekanon.

Spätestens die Möllemann-Friedman-Affäre hat deutlich gemacht, dass es notwendig ist, in Deutschland eine ehrliche Debatte über die Politik Israels zu führen – ohne Scheuklappen und Tabus, aber in differenzierter Sprache. Abgesehen davon, dass solche selbstverliebten und selbstgerechten Mediendarsteller wie Möllemann und Friedman ganz gewiss die Falschen sind, um diese unvermeidbare Auseinandersetzung voranzubringen, stellt sich die Frage, warum durch den Streit ein derartiger Sturm entfesselt wurde. Warum war die Debatte im Lande so heftig und so emotional? Weil es um einen doppelten Tabubruch geht. Und zwar im deutsch-israelischen und im deutsch-jüdischen Verhältnis.

Offene Kritik an Israels Palästina-Politik aus der Mitte der bundesdeutschen Gesellschaft oder aus dem Munde eines seriösen Politikers war verpönt. Jahrzehntlang. Akzeptiert wurde nur eine einseitige, proisraelische Sichtweise auf den Nahost-Konflikt. Alles andere war politisch nicht korrekt. Das galt auch für den weit überwiegenden Teil der Medien. Wer von dieser Linie abwich und das Unrecht an den Palästinensern beklagte, geriet in den Verdacht, das staatliche Exis-

tenzrecht Israels in Frage stellen zu wollen. Oder er wurde als jemand abgestempelt, der sich im Kalten Krieg auf die falsche Seite geschlagen hatte, weil Moskau ja bekanntlich die Palästinenser unterstützte. Ebenso wie die DDR, die ihrerseits die PLO schönredete und die Palästinenser für ihren *anti-imperialistischen Kampf* gegen das kapitalistische Lager instrumentalisierte.

Im bundesdeutschen Land der Täter war die kritiklose Parteinahme für Israel eine moralische Pflichtübung, ein Reflex der Vergangenheitsbewältigung. Dabei gab es viel Scheinheiligkeit. Denn hinter vorgehaltener Hand hörte man von Diplomaten und Politikern durchaus kritische Worte, vor allem seit Ende der 70er Jahre, als der rechte Likud-Block an die Regierung kam. *Eretz Israel*, das »ganze Israel«, war das Ziel dieser militant-extremen Zionisten, die nicht selten chauvinistische oder gar rassistische Töne von sich gaben. Der auf die Spitze getriebene Nationalismus von Menachim Begin, Yitzak Shamir und Ariel Sharon sprach den Palästinensern jedes selbstbestimmte Heimatrecht ab. Sie wollten das »ganze Land«, gemeint war damit die besetzte Westbank und der Gaza-Streifen. Davon zeugte besonders die expansive Siedlungspolitik. Immer offener war die Rede davon, das *demographische Problem* durch einen »Transfer« zu lösen. Ariel Sharon und seinesgleichen verstanden darunter die Vertreibung der Palästinenser nach Jordanien. *Jordan is Palestine* lautete die Parole, was soviel heißen sollte, wie Jordanien sei der Ort, wo die Palästinenser hingehörten. Das *biblische Judäa und Samaria*, also die palästinensische Westbank, sei jüdisches Erbland. Genauso wie das arabische Ost-Jerusalem, das Begin 1981 annektierte. Als Bundeskanzler Helmut Schmidt es damals wagte, das Selbstbestimmungsrecht und einen eigenen Staat für die Palästinenser zu fordern, wurde er von Premierminister Begin öffentlich beleidigt: Ein Land, das sechs Millionen Juden, darunter 1,5 Millionen Kinder, umgebracht habe, solle Israel keine Ratschläge erteilen. Sich mit jüdischem Blut arabisches Öl zu erkaufen, sei »absolut widerwärtig«. ⁴¹ Das wirkte.

Danach trat die alte Ruhe wieder ein. Niemand wollte sich vor aller Welt so abkanzeln lassen wie Helmut Schmidt, der Be-

gins Ohrfeige voller Ingrimm hinnehmen musste. Die politische Klasse hatte der Instrumentalisierung des Holocaust durch diesen israelischen Regierungschef nichts entgegenzusetzen.

Gefestigt wurde die bundesdeutsche Parteinahme für Israel natürlich auch durch die arabische Ablehnungsfront, die den Staat Israel am liebsten wieder von der Landkarte gewischt hätte, wenn sie dazu in der Lage gewesen wäre. Das rückte die legitimen Sicherheitsinteressen Israels dauerhaft in den Vordergrund. Daneben verblasste das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, zumal auch die PLO die Existenz des jüdischen Staates nicht akzeptieren wollte. Das änderte sich erst 1988, als Yassir Arafat auf dem Palästinensischen Nationalkongress in Algier einen Beschluss herbeiführte, mit dem die PLO die Zwei-Staaten-Lösung proklamierte.

Dennoch wurde Arafat in Bonn erst nach dem Oslo-Abkommen zwischen Israel und den Palästinensern hoffähig. Während des nun folgenden Friedensprozesses blieb die Bundesregierung bei der Bewertung der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern sehr vorsichtig und zurückhaltend. Allerdings kritisierte man doch die fortwährende Siedlungspolitik, wenn auch in milder Form und oft nur im europäischen Rahmen.

Öffentlich unerwähnt ließ der damalige Außenminister Klaus Kinkel (FDP) die ganz erheblichen Menschenrechtsverletzungen der israelischen Armee an den Palästinensern, die trotz der Friedensverhandlungen nicht aufhörten. In Gesprächen über die Lage im Nahen Osten pflegte Klaus Kinkel auf meine entsprechende Frage die stereotype Antwort zu geben: »Die Vergangenheit verbietet mir, mich als Richter aufzuspielen. Ich bin als Deutscher der Letzte, der Israel Ratschläge zu erteilen hätte.« Auch das autokratische Arafat-Regime kam ungeschoren davon, obwohl Arafats Sicherheitsdienste die Menschenrechte der eigenen Landsleute systematisch verletzten.

Heute hat sich die Situation in Deutschland grundlegend geändert. Beim Blick auf den Palästina-Konflikt legen inzwischen viele Deutsche bei Israel dieselben Maßstäbe an wie bei

LUC JOCHIMSEN

Dieses Jahr in Jerusalem

THEODOR HERZL

Traum und Wirklichkeit



AUFBAU-VERLAG

»Wir haben überall ehrlich versucht, in der uns umgebenden Volksgemeinschaft unterzugehen und nur den Glauben unserer Väter zu bewahren. Man läßt es nicht zu.

Vergebens sind wir treue und an manchen Orten sogar überschwengliche Patrioten, vergebens bemühen wir uns, den Ruhm unserer Vaterländer in Künsten und Wissenschaften, ihren Reichtum durch Handel und Verkehr zu erhöhen.

In unseren Vaterländern, in denen wir ja auch schon seit Jahrhunderten wohnen, werden wir als Fremdlinge ausgeschrien; oft von solchen, deren Geschlechter noch nicht im Lande waren, als unsere Väter da schon seufzten.

Wer der Fremde im Lande ist, das kann die Mehrheit entscheiden; es ist eine Machtfrage ..

Der Judenstaat, 1896

Hatte Theodor Herzl recht oder unrecht?

Seltsame Frage. Wer könnte sie stellen oder gestellt haben? Und wann? 1998, gut hundert Jahre nach Herzls Denkschrift, veröffentlichte der Friedensnobelpreisträger Shimon Peres, der im Staat Israel so gut wie alle Spitzenämter innehatte, die ein Mensch in einem Leben übernehmen kann – Verteidigungsminister, Finanzminister, Außenminister, Premierminister –, ein sehr persönliches Buch. Es ist eine Reise durch sein Land, eine imaginäre allerdings. Und an ihrem Anfang steht eine außergewöhnliche Anekdote.

1974, Shimon Peres war Verteidigungsminister, besuchte er seinen amerikanischen Amtskollegen James Schlesinger. Also, Washington, Pentagon, der übliche Meinungsaustausch unter

Ministern. »Er würde mir zuhören, ich würde ihm zuhören, wir würden über unsere gegenseitigen Standpunkte diskutieren und uns über die Zusammenarbeit unserer beiden Länder verständigen. Nichts deutete darauf hin, daß unser Gespräch die Pfade der Routine verlassen würde, die die internationalen Beziehungen so häufig kennzeichnen. Groß war daher meine Überraschung, als mein Gesprächspartner im Pentagon, kaum hatte ich sein Amtszimmer betreten, seine Berater verabschiedete und ohne Einleitung zu mir sagte: ›Ich möchte über eine Frage mit Ihnen sprechen, die mich sehr beschäftigt.‹ Fassungslos fragte ich mich, worauf er hinauswollte. So sehr ich auch in den hintersten Winkeln meines Gedächtnisses nach den strittigen Punkten suchte, die zwischen unserer und der amerikanischen Regierung noch immer bestanden, ich fand nichts, was einen so ernsten und feierlichen Charakter unseres Gesprächs gerechtfertigt hätte. Ich stellte mir bereits den Text der höchstgeheimen Mitteilung vor, die ich nach dem Gespräch an den Premierminister schicken mußte, und hätte mich am liebsten in ein Mauseloch verkrochen. Ich war auf alles gefaßt, nur nicht auf die Frage, die mein amerikanischer Kollege mir unvermittelt stellte: ›Mein lieber Shimon, antworten Sie mir ganz offen, hatte Theodor Herzl recht oder unrecht, als er einen jüdischen Staat gründen wollte?‹⁵⁶

Und der israelische Verteidigungsminister, 1923 in Wischnewa in Weißrußland als Sohn einer durch und durch zionistischen Familie geboren, für die Herzl eine Art Fürst im Exil oder König ohne Krone war, der seinem Volk den Weg gewiesen hatte, Shimon Peres also, 1934 als Kind nach Palästina eingewandert, wo Herzl für ihn zum Symbol wurde, allgegenwärtig der Name und sein Porträt, antwortete wie?

›Ich war völlig überrumpelt, stammelte ein paar konformistische Sätze, sehr zur Enttäuschung von Schlesinger.«

Hatte Theodor Herzl recht oder unrecht, als er einen jüdischen Staat gründen wollte?

Diese 1974 an ihn gestellte und von ihm im Grunde unbeantwortete Frage ließ Shimon Peres mehr als zwei Jahrzehnte

nicht mehr los. Sie verfolgte ihn, während er Vorsitzender der Arbeitspartei wurde, als er Premierminister war und die israelischen Truppen 1985 aus dem Libanon abzog, in den Gesprächen mit der PLO, beim Aushandeln des Friedensvertrags von Oslo, 1993 im Moment der Verleihung des Friedensnobelpreises zusammen mit Arafat, als die Aussöhnung so nah war ...

Hatte Theodor Herzl recht oder unrecht, als er einen jüdischen Staat gründen wollte?

Mit der Gewalt eines Blitzes stellte sich ihm die Frage dann wieder 1995, an jenem schrecklichen Novembertag, als Premierminister Rabin dem Attentat eines Fanatikers, dem der mögliche Frieden zwischen Juden und Palästinensern verhaßt war, zum Opfer fiel.

»... recht oder unrecht?« Recht oder Unrecht?

Shimon Peres, der Nachfolger des ermordeten Rabin, wieviel Handlungsspielraum blieb ihm? Militärisch ging er gegen den Terror der Hizbollah vor, versuchte aber weiter auf Friedensgespräche zu setzen. Bis diese Politik im Mai 1996 keine Mehrheit mehr im Land fand. Oppositionsführer Netanjahu gewann die Wahlen und brach mit der bisherigen Strategie, die mehr als nur Strategie gewesen war.

»... recht oder unrecht?« Recht oder Unrecht? Richtig oder falsch?

Shimon Peres, der Unterlegene, machte sich auf eine geistige Reise zu den Anfängen seines Landes. Er sah von seinem Oppositionssitz in der Knesset auf das überdimensionale Herzl-Porträt und fragte sich: »Was ist vom zionistischen Ideal übriggeblieben?« »Zurück nach Israel«, nannte er das Buch, das er 1997/98 schrieb, eine imaginäre Reise mit Herzl durch das »Land der Väter«, eine Erkundung der Wirklichkeit des »Judenstaates« gut hundert Jahre nach seinem theoretischen Entwurf. Motto: »Heute wie gestern und morgen sind Traum und Fiktion die wichtigsten Bestandteile, die geheime Triebfeder unseres Lebens. Israel ist gewiß der einzige Ort der Welt, wo die Gegenwart sowohl in der Zukunft als auch in der Vergangen-

heit konjugiert wird und wo die Wirklichkeit nur in ihrer abgeschwächtesten Form, dem Imaginären verstehbar wird.«⁵⁷

Diese erdachte Reise von Herzl und Peres werden wir in Teilen später mitmachen. Jetzt geht es noch um die Grundzüge des Plans, der Idee, des Traums, die Vision aus dem Jahr 1895. Modern sollte der »Judenstaat« nach der Vorstellung seines Erfinders sein, ganz und gar fortschrittlich. Alles, was altmodisch und armselig in Europa war, sollte »drüben« neu und effizient sein. Die technischen Errungenschaften machten die neue Gesellschaft überhaupt erst möglich. Herzl war, wie Lenin, der Überzeugung, daß vor allem die Elektrizität den Fortschritt, ja sogar die Menschen der Zukunft schafft. Also, Elektrifizierung, Eisenbahnlinien, Brücken, Straßenbau, Bewässerungstechnik, Siebenstundentag, großzügige Wohnsiedlungen, reich ausgestattete Schulen, Bibliotheken, Theater, Kaffeehäuser ..., so sah sein »Gelobtes Land« aus. Das Ganze lese sich »wie der Prospekt einer jüdischen Schweiz auf Aktien«, spottete der Literaturhistoriker Anton Bettelheim. Nicht so modern waren dagegen Herzls Vorstellungen von der politischen Gestalt dieses Staates. Dazu Auszüge aus dem Kapitel »Verfassung«:

»Eine der von der Society einzusetzenden großen Kommissionen wird der Rat der Staatsjuristen sein. Diese müssen eine möglichst gute, moderne Verfassung zustande bringen. Ich glaube, eine gute Verfassung soll von mäßiger Elastizität sein. [...] Ich halte die demokratische Monarchie und die aristokratische Republik für die feinsten Formen des Staates. Staatsform und Regierungsprinzip müssen in einem ausgleichenden Gegensatz zueinander stehen. Ich bin ein überzeugter Freund monarchistischer Einrichtungen, weil sie eine beständige Politik ermöglichen. [...] Unsere Geschichte ist jedoch so lange unterbrochen gewesen, daß wir an diese Einrichtung nicht mehr anknüpfen können. Der bloße Versuch unterläge dem Fluche der Lächerlichkeit.

Die Demokratie ohne das nützliche Gegengewicht eines Monarchen ist maßlos in der Anerkennung und in der Verurteilung, führt zu Parlamentsgeschwätz und zur häßlichen

Kategorie der Berufspolitiker. Auch sind die jetzigen Völker nicht geeignet für die unbeschränkte Demokratie, und ich glaube, sie werden zukünftig immer weniger dazu geeignet sein.

Die reine Demokratie setzt nämlich sehr einfache Sitten voraus und unsere Sitten werden mit dem Verkehr und mit der Kultur immer komplizierter. [...] Auch sind die Massen, noch ärger als die Parlamente jedem Irrglauben unterworfen, jedem kräftigen Schreier zugeneigt. Vor versammeltem Volke kann man weder äußere noch innere Politik machen.

Politik muß von oben herab gemacht werden. Im Judenstaate soll darum doch niemand geknechtet werden, denn jeder Jude kann aufsteigen, jeder wird aufsteigen wollen. So muß ein gewaltiger Zug nach oben in unser Volk kommen. Jeder Einzelne wird nur glauben, sich selbst zu heben, und dabei wird die Gesamtheit gehoben. Das Aufsteigen ist in sittliche, dem Staate nützliche, der Volksidee dienende Formen zu binden.

Darum denke ich mir eine aristokratische Republik. Das entspricht auch dem ehrgeizigen Sinne unseres Volkes, der jetzt zu alberner Eitelkeit entartet ist. Manche Einrichtung Venedigs schwebt mir vor; aber alles, woran Venedig zugrunde ging, ist zu vermeiden. Wir werden aus den geschichtlichen Fehlern anderer lernen, wie aus unseren eigenen. Denn wir sind ein modernes Volk und wollen das modernste werden. Unser Volk, dem die Society das neue Land bringt, wird auch die Verfassung, die ihm die Society gibt, dankbar annehmen. Wo sich aber Widerstände zeigen, wird die Society sie brechen. Sie kann sich im Werke durch beschränkte oder böswillige Individuen nicht stören lassen.«⁵⁸

Die aristokratische Republik mit venezianischen Zügen, in der jedermann aufsteigen kann, aber gleichzeitig jeglicher Widerstand knallhart gebrochen wird – dieses Szenario ist ganz aus der Zeit des ausgehenden 19. Jahrhunderts entwickelt. Dabei wird der Staat »als ein neutraler gedacht«, der deshalb auch nur ein Berufsheer braucht – »allerdings ein mit sämtlichen modernen Kriegsmitteln ausgerüstetes« – zur Aufrechterhaltung

der Ordnung nach außen wie nach innen. Die Amtssprache? Keinesfalls Hebräisch, denn: »wer von uns weiß genug hebräisch, um in dieser Sprache ein Bahnbillet zu verlangen?« Die Lösung heißt Sprachenföderalismus. »Jeder behält seine Sprache, welche die liebe Heimat seiner Gedanken ist.« Schließlich wird sich »die dem allgemeinen Verkehre am meisten nützende Sprache zwanglos als Hauptsprache durchsetzen«. ⁵⁹

Die Schweiz, nicht nur die »Schweiz auf Aktien«, war in vielen Details Vorbild in diesem Entwurf eines neuen Staates. Unter den vielen praktischen Kapiteln fallen zwei grundsätzliche auf. In ihnen geht es um die Landnahme und um die Religion.

»Theokratie: Werden wir also am Ende eine Theokratie haben? Nein! Der Glaube hält uns zusammen, die Wissenschaft macht uns frei. Wir werden daher theokratische Wünsche unserer Geistlichen gar nicht aufkommen lassen. Wir werden sie in ihren Tempeln festzuhalten wissen, wie wir unser Berufsheer in den Kasernen festhalten werden. Heer und Klerus sollen so hoch geehrt werden, wie es ihre schönen Funktionen erfordern und verdienen. In den Staat, der sie auszeichnet, haben sie nichts dreinzureden, denn sie würden äußere und innere Schwierigkeiten heraufbeschwören.

Jeder ist in seinem Bekenntnis oder in seinem Unglauben so frei und unbeschränkt, wie in seiner Nationalität. Und fügt es sich, daß auch Andersgläubige, Andersnationale unter uns wohnen, so werden wir ihnen einen ehrenvollen Schutz und die Rechtsgleichheit gewähren. Wir haben die Toleranz in Europa gelernt.« ⁶⁰

Die Toleranz in Europa gelernt ... Er meinte das nicht einmal spöttisch. Hier ist das Fundament des neuen Staates festgeschrieben: »Jeder ist in seinem Bekenntnis oder in seinem Unglauben so frei und unbeschränkt, wie in seiner Nationalität.« Wie eine Verfassungs-Präambel liest sich dieser Satz, der alle Freiheit und alle Würde dem einzelnen verheißt. Liberal und laizistisch soll die Gesellschaft sein. Kein Staat im Staate wird erlaubt: weder für das Militär noch für den Klerus. Alle Erfahrungen mit den »französischen Verhältnissen« in Sachen

Dreyfus kommen in diesem Versprechen zusammen. Diese Achtung individuellen Lebens wird sein, was das »Gelobte Land« im Innersten zusammenhält.

Und was definiert die äußeren Verhältnisse?

»Die Landergreifung:

Sobald uns das Land gesichert ist, fährt das Landnahmeschiff hinüber. Auf dem Schiff befinden sich die Vertreter der Society, der Company und der Ortsgruppen.

Diese Landnehmer haben drei Aufgaben: 1. die genaue wissenschaftliche Erforschung aller natürlichen Eigenschaften des Landes, 2. die Einrichtung einer straff zentralisierten Verwaltung, 3. die Landverteilung. [...] In Amerika okkupiert man bei Erschließung eines neuen Territoriums noch auf eine recht naive Art. Die Landnehmer versammeln sich an der Grenze und stürzen zur bestimmten Stunde gleichzeitig und gewaltsam darauf los.

So wird es im neuen Judenlande nicht zu machen sein. Die Plätze der Provinzen und Städte werden versteigert. Nicht etwa für Geld, sondern für Leistungen. Es ist nach dem allgemeinen Plane festgestellt worden, welche Straßen, Brücken, Wasserregulierungen u. s. w. nötig sind für den Verkehr. Das wird nach Provinzen zusammengelegt. Innerhalb der Provinzen werden in ähnlicher Weise die Stadtplätze versteigert. Die Ortsgruppen übernehmen die Verpflichtung, das ordentlich auszuführen. Sie bestreiten die Kosten aus autonomen Umlagen. Die Society wird ja in der Lage sein vorauszuwissen, ob sich die Ortsgruppen keiner zu großen Opfer vermessen. Die großen Gemeinwesen erhalten große Schauplätze für ihre Tätigkeit. Größere Opfer werden durch gewisse Zuwendung belohnt: Universitäten, Fach-, Hochschulen, Versuchsanstalten etc. und jene Staatsinstitute, die nicht in der Hauptstadt sein müssen, werden über das Land zerstreut. [...] Von vornherein wird alles auf eine planvolle Art festgestellt sein. [...] Alle sozialwissenschaftlichen und technischen Errungenschaften der Zeit, in der wir leben, und der immer höheren Zeit, in welche die langwierige Ausführung des Planes fallen wird, sind für den Zweck

zu verwenden. Alle glücklichen Erfindungen, die schon da sind und die noch kommen werden, sind zu benützen. So kann es eine in der Geschichte beispiellose Form der Landnahme und Staatsgründung werden, mit bisher nicht dagewesenen Chancen des Gelingens.«⁶¹

Die Fiktion vom leeren Land

So genau, ökonomisch, technisch, wissenschaftlich diese *Landnahme* beschrieben ist, sie findet in einem menschenleeren Territorium statt. Über die Menschen, denen das Land zu fairen Preisen abgekauft werden soll, ist in der Staatsschrift wenig zu lesen. Es gibt die eine grundsätzliche Erklärung: »Und fügt es sich, daß auch Andersgläubige, Andersnationale unter uns wohnen, so werden wir ihnen einen ehrenvollen Schutz und die Rechtsgleichheit gewähren.« Aber das klingt, als wären da nur einige wenige gemeint, jedenfalls keine Massen. Und anrainende Völker, Nachbarn tauchen nicht auf. Das »Gelobte Land« liegt in einer menschenleeren Zone. Es ist eine Wüste, die bewässert, ein Sumpfbgebiet, das trockengelegt, eine Wildnis, die urbar gemacht wird und damit die gesamte Region kultiviert und zivilisiert. Es bedarf nur erfolgreicher diplomatischer Verhandlungen mit Kaiser, Zar, Präsidenten und dem Sultan um die Freigabe des Landes, welches dann teuer bezahlt und modern bewirtschaftet und straff besiedelt werden wird.

Das war sein Plan. Und dieser Plan konnte es nur den einen recht, den anderen schlecht machen. Gott sei Dank, man mußte »drüben« nicht hebräisch sprechen, was man ja längst nicht mehr beherrschte, sagten die einen. Und die anderen waren entsetzt: Hebräisch nicht Amtssprache in Palästina?! Ein Vergehen gegen die Tradition! Gott sei Dank, es sollte kein Staat der Rabbiner sein, kommentierten die Emanzipierten. Aber die Gläubigen hielten dagegen: das ist Blasphemie!

Einen ständigen »Eiertanz« müßte er aufführen, hat Herzl einmal bemerkt, »zwischen allen unsichtbaren Eiern:

1. Ei der Orthodoxen
2. Ei der Modernen
3. Ei des österreichischen Patriotismus
4. Ei der Türken, des Sultans
5. Ei der russischen Regierung, gegen die nichts Unliebsames gesagt werden darf, obwohl man die deplorable Lage der russischen Juden doch erwähnen muß
6. Ei der christlichen Religionen wegen der heiligen Stätten.

Hierzu kommen noch ein paar andere Tanzeier:

Ei Edmund Rothschild

Ei der Kolonisten, denen man Rothschilds Hilfe nicht verderben darf.

Ei Chovevi Zion in Rußland.

Dann die Eier der persönlichen Differenzen.

Ei des Neides, der Eifersucht.«⁶²

Eifersüchtig und neidisch waren in der Tat einige, und sie hatten auch guten Grund, hatten sie doch ähnliche Pläne, wie Herzl, schon früher erdacht, geschrieben, veröffentlicht. Moses Hess hatte zum Beispiel schon 1862 in seinem Buch »Rom und Jerusalem« die Wiedergeburt des jüdischen Volkes mit der »Konzentration in seinem Heimatlande« propagiert. Ähnlich wie Herzl sah er in den Juden eine Nation als Schicksalsgemeinschaft. Dann war da der Arzt Leon Pinsker aus Odessa, der zehn Jahre früher die Denkschrift »Autoemanzipation« veröffentlicht hatte. Ebenfalls eine Aufforderung, zur nationaljüdischen Identität zurückzufinden. Und schließlich warb auch Nathan Birnbaum seit langem für eine Renaissance jüdischen Nationallebens und hatte als erster für dieses Streben den Begriff »Zionismus« geprägt.

Hess, Pinsker, Birnbaum – Warum waren sie bei Herzl nicht erwähnt und gewürdigt? Schlicht und ergreifend, weil er ihre Schriften vor der Abfassung seiner Staatsschrift wohl nicht kannte. So wenig wußte er, der ziemlich ungläubige, assimilierte Jude, eben von seinesgleichen. Er hatte aus sich heraus alles noch einmal erdacht und niedergeschrieben in einer Art »Ritt über den Bodensee« – und zurückblickend erst, von der

»anderen Seite des Ufers« gewissermaßen, alles das bemerkt, was hinter ihm lag. Vorwürfe machte er sich deswegen übrigens nicht. Er fand es einerseits zwar schade, daß er die Vorgeschichten nicht kannte, andererseits aber sogar gut, denn vielleicht hätte er dann seinen »mächtigen Traum« gar nicht niedergeschrieben. Und im Frühjahr 1896 war es zu spät, darüber viel Gedanken zu verlieren, denn nun standen sein Plan, seine Idee schließlich zur Diskussion. Voilà!

Vor 100 Jahren starb Theodor Herzl

ER HINTERLIESS EINE IDEE,
DIE WELTGESCHICHTE MACHTE

Jenseits der Mythen, die sich um Herzls Namen ranken, analysiert die renommierte Publizistin Luc Jochimsen Leben und Werk dieses hellstichtigen Träumers, dessen Hoffnungen, Irrtümer und Visionen die Staatsidee Israel hervorgebracht haben. Zur eigenen Nation, auf eigenen Grund und Boden zurückzukehren war Herzls Aufforderung an die Juden in aller Welt, für die das Leben in den Gesellschaften des 19. Jahrhunderts unerträglich geworden war. Er löste eine Massenbewegung aus, die die Welt veränderte. Als er mit 44 Jahren starb, waren die Folgen nicht abzusehen, ganz zu schweigen von der erschreckenden aktuellen Wirklichkeit. Luc Jochimsen verfolgt die Entwicklung von Herzls Idee bis in die heutige Zeit. Mit dem Vergleich zwischen Utopie und Realität liefert sie eine außergewöhnliche Sicht auf die Situation im Nahen Osten sowie auf das europäische und weltpolitische Mächtenspiel.